



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	11
<b>1. Die Bilanz</b>	
Die Bilanz der Europäischen Integration 2016 .....	15
<i>Werner Weidenfeld</i>	
Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte .....	23
<i>Darius Ribbe / Wolfgang Wessels</i>	
Deutschlands Rolle bei der Bewältigung der europäischen Währungs- und Migrationskrisen .....	43
<i>Simon Bulmer / William Paterson</i>	
<b>2. Die Institutionen der Europäischen Union</b>	
Die institutionelle Architektur der Europäischen Union .....	57
<i>Wulf Reiners / Wolfgang Wessels</i>	
Europäisches Parlament .....	69
<i>Andreas Maurer</i>	
Europäischer Rat .....	81
<i>David Schäfer / Wolfgang Wessels</i>	
Rat der Europäischen Union .....	93
<i>Nicolai von Ondarza</i>	
Europäische Kommission .....	103
<i>Andreas Hofmann</i>	
Gerichtshof .....	111
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Europäische Zentralbank .....	121
<i>Martin Selmayr</i>	
Rechnungshof .....	139
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Ausschuss der Regionen .....	143
<i>Otto Schmuck</i>	
Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	149
<i>Doris Dialer</i>	
Europäische Agenturen .....	153
<i>Michael Kaeding</i>	
<b>3. Die politische Infrastruktur</b>	
Europäische Parteien .....	159
<i>Jürgen Mittag</i>	
Kirchen und Religionsgemeinschaften .....	165
<i>Matthias Belafi</i>	

Kommunen in der Europäischen Union .....	171
<i>Ulrich von Aleman</i>	
Lobbyismus in der partizipativen Demokratie .....	173
<i>Bernd Hüttemann</i>	
Nationale Parlamente .....	177
<i>Alexander Hoppe</i>	
Die öffentliche Meinung .....	181
<i>Thomas Petersen</i>	
<b>4. Die Innenpolitik der Europäischen Union</b>	
Agrar- und Fischereipolitik .....	193
<i>Christian Lippert</i>	
Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik .....	199
<i>Peter-Christian Müller-Graff / René Repasi</i>	
Beschäftigungs- und Sozialpolitik .....	213
<i>Peter Becker</i>	
Bildungspolitik .....	219
<i>Knut Diekmann</i>	
Binnenmarkt .....	225
<i>Florian Baumann / Sebastian Schäffer</i>	
Digitale Agenda und Cybersicherheit .....	229
<i>Annegret Bendiek</i>	
Energiepolitik .....	241
<i>Severin Fischer</i>	
Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik .....	247
<i>Jürgen Turek</i>	
Gesundheits- und Verbraucherpolitik .....	251
<i>Sarah-Lena Böning / Remi Maier-Rigaud</i>	
Haushaltspolitik .....	255
<i>Peter Becker</i>	
Industriepolitik .....	259
<i>Jürgen Turek</i>	
Kulturpolitik .....	263
<i>Otto W. Singer</i>	
Menschenrechtspolitik .....	267
<i>Gabriel N. Toggenburg</i>	
Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit .....	275
<i>Christoph Gusy / Laura Schulte</i>	
Regionalpolitik .....	281
<i>Konrad Lammers</i>	
Sportpolitik .....	287
<i>Jürgen Mittag</i>	

Tourismuspolitik .....	291
<i>Anna-Lena Kirch</i>	
Umwelt- und Klimapolitik .....	293
<i>Gaby Umbach</i>	
Verkehrspolitik .....	301
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Währungspolitik .....	305
<i>Werner Becker / Barbara Böttcher</i>	
Weltraumpolitik .....	311
<i>Jürgen Turek</i>	
Wettbewerbspolitik .....	313
<i>Henning Klodt</i>	
Wirtschaftspolitik .....	317
<i>Roland Döhrn / Wim Kösters</i>	
<b>5. Die Außenpolitik der Europäischen Union</b>	
Außenwirtschaftsbeziehungen .....	325
<i>Wolfgang Weiß</i>	
Europäische Nachbarschaftspolitik .....	333
<i>Barbara Lippert</i>	
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	341
<i>Niklas Helwig / Isabelle Tannous</i>	
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	349
<i>Daniel Göler / Lukas Zech</i>	
Afrikapolitik .....	355
<i>Claudia Simons / Denis M. Tull</i>	
Asienpolitik .....	359
<i>Franco Algieri</i>	
Die Europäische Union und China .....	363
<i>Franco Algieri</i>	
Die EFTA-Staaten, der EWR, Island und die Schweiz .....	367
<i>Burkard Steppacher</i>	
Lateinamerikapolitik .....	373
<i>Birte Windheuser</i>	
Mittelmeerpolitik .....	377
<i>Tobias Schumacher</i>	
Nahostpolitik .....	381
<i>Michael L. Bauer / Simon Hartmann</i>	
Die Europäische Union und die Länder der Östlichen Partnerschaft .....	385
<i>Katrin Böttger</i>	
Die Europäische Union und Russland .....	391
<i>Katrin Böttger</i>	

Südosteuropapolitik .....	395
<i>Franz-Lothar Altmann</i>	
Die Europäische Union und die USA .....	399
<i>Gerlinde Groitl</i>	
Die Europäische Union und Zentralasien .....	405
<i>Katrin Böttger</i>	
<b>6. Die Erweiterung der Europäischen Union</b>	
Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union .....	411
<i>Barbara Lippert</i>	
Albanien .....	421
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Bosnien und Herzegowina .....	423
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Kosovo .....	425
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Mazedonien .....	427
<i>Oliver Schwarz</i>	
Montenegro .....	429
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Serbien .....	431
<i>Sabine Willenberg</i>	
Türkei .....	433
<i>Funda Tekin</i>	
<b>7. Die Europäische Union und andere Organisationen</b>	
Die Europäische Union und der Europarat .....	441
<i>Klaus Brummer</i>	
Die Europäische Union und die NATO .....	447
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	
Die Europäische Union und die OSZE .....	455
<i>Wolfgang Zellner</i>	
Die Europäische Union und die Vereinten Nationen .....	461
<i>Günther Unser</i>	
<b>8. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union</b>	
Belgien .....	471
<i>Christian Franck</i>	
Bulgarien .....	475
<i>Johanna Deimel</i>	
Bundesrepublik Deutschland .....	479
<i>Michael Garthe</i>	
Dänemark .....	489
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	

---

Estland .....	493
<i>Andres Kasekamp</i>	
Finnland .....	495
<i>Tuomas Iso-Markku</i>	
Frankreich .....	499
<i>Joachim Schild</i>	
Griechenland .....	507
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Irland .....	515
<i>Mary C. Murphy</i>	
Italien .....	519
<i>Alexander Grasse / Jan Labitzke</i>	
Kroatien .....	529
<i>Višnja Samardžija</i>	
Lettland .....	531
<i>Detlef Henning</i>	
Litauen .....	533
<i>Tobias Etzold</i>	
Luxemburg .....	535
<i>Jean-Marie Majerus</i>	
Malta .....	539
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Die Niederlande .....	541
<i>Mirte van den Berge</i>	
Österreich .....	547
<i>Katrin Auel / Johannes Pollak</i>	
Polen .....	553
<i>Ryszarda Formuszewicz</i>	
Portugal .....	559
<i>Bruno Oliveira Martins</i>	
Rumänien .....	561
<i>Alexandru Damian</i>	
Schweden .....	565
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	
Slowakei .....	569
<i>Marta Kralikova</i>	
Slowenien .....	573
<i>Marko Lovec</i>	
Spanien .....	577
<i>Ignacio Molina / Susanne Gratius</i>	
Tschechische Republik .....	583
<i>Volker Weichsel</i>	

Ungarn .....	587
<i>Heiko Fürst</i>	
Vereinigtes Königreich .....	591
<i>Birgit Bujard</i>	
Zypern .....	601
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
<b>9. Anhang</b>	
Abkürzungen .....	605
Die Autoren .....	606

## Vorwort

Europa hat den Krisenmodus nicht verlassen, er hat sich im Jahr 2016 sogar verschärft. Die Migrationsproblematik stellte die zwischenstaatlichen Beziehungen und die Akzeptanz der Union weiterhin vor eine harte Belastungsprobe. Zum einen wird den Mitgliedstaaten ein fehlendes Gemeinschaftsgefühl und ein hohes Konfliktpotential attestiert, die die derzeitige Anpassungspolitik der Union gerade in der Flüchtlingspolitik hemmen. Zum anderen wird insbesondere in den Beiträgen zu den Mitgliedstaaten deutlich, dass Europas multiplen Problemlagen wie Katalysatoren einer tiefgreifenden Vertrauenskrise in den europäischen Bevölkerungen wirken. Wesentliche Treiber sind auch die nachhaltige Instabilität in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die immer noch ungelöste Griechenlandfrage. Diese Entwicklungen haben aber auch dazu beigetragen, dass Deutschland zum unverzichtbaren Akteur in der Europäischen Union wurde, wie Simon Bulmer und William Paterson im diesjährigen Gastbeitrag *Deutschlands Rolle bei der Bewältigung der europäischen Währungs- und Migrationskrisen* darlegen.

Einen EU-weiten Schock sowie erhebliche politische und wirtschaftliche Unsicherheiten löste das Votum einer knappen Mehrheit der Britinnen und Briten vom 23. Juni 2016 für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union aus. Schließlich wäre der EU-Austritt Großbritanniens ein Präzedenzfall in der Geschichte der europäischen Integration, der nur zu deutlich vergegenwärtigt, welche Folgen durch Populismus angeheizte antieuropäische Stimmungen haben können.

Aber allein der Blick auf Europas Krisenmodus greift zu kurz und verkennt die historischen Errungenschaften der europäischen Integration und ihre Vorzüge für die Unionsbürgerinnen und -bürger – geht es dabei um den EU-weiten Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Reise- und Wohnsitzfreiheit oder um gemeinsame Umweltstandards. Im diesjährigen Jahrbuch wird abermals deutlich, dass in vielen Bereichen gerade das Stück an „Nicht-Europa“ Probleme mitverursacht hat und das europäische Krisenmanagement erschwert. Schließlich wird in den Beiträgen konsequent die Notwendigkeit europäischer Antworten auf die zentralen internen und externen Herausforderungen unterstrichen, aber auch grundsätzlichere Debatten gefordert, in denen der Krisenkontext auch als Chance für die weitere Ausgestaltung und den zukünftigen Kurs des europäischen Integrationsprozesses genutzt werden soll.

Unter den *Institutionen der Europäischen Union* werden neben der Europäischen Kommission auch die Europäische Zentralbank und der Gerichtshof der Europäischen Union meist unreflektiert als „Sündenböcke“ in europaskeptischen und populistischen Diskursen, aber auch im mitgliedstaatlichen Politikbetrieb für unpopuläre, aber notwendige Politikmaßnahmen herangezogen. Der Europäische Rat trat indes als Schlüsselorgan in den politisch umstrittensten Verhandlungen hervor. Die europäische Flüchtlingspolitik, der EU-Türkei-Deal und die Verhandlungen mit Großbritannien vor und nach dem Brexit-Votum wurden schließlich zur Chefsache.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* dreht sich angesichts einer Zunahme der Regungsdichte auf EU-Ebene die Betrachtung immer mehr um Fragen der demokratischen Legitimation wie auch um Möglichkeiten zur politischen Partizipation nationaler Akteure



in der Europäischen Union. Ein besonderer Fokus liegt im Beitrag zum europapolitischen Meinungsklima auf der nationalen Bedeutung des Brexit für die britische Bevölkerung sowie auf den Reaktionen in anderen EU-Staaten auf das britische Referendumsergebnis.

Besonders in den Beiträgen zur *Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union* zeichnet sich ein sicherheits- und gesellschaftspolitischer Nachhall infolge der Migrationsbewegungen und der terroristischen Bedrohungen durch den Islamischen Staat nach Europa ab. Die Konsequenzen eines Brexit sowie die anhaltenden sozioökonomischen Auswirkungen der Währungs- und Schuldenkrise werden von den Beiträgen beständig aufgegriffen. Noch mehr als im Zusammenhang mit der Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde die Europäische Kommission von der Öffentlichkeit für die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) kritisiert. Eine umfassende Auseinandersetzung findet zudem zur Globalen Strategie der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union statt.

Zum Kosovo erscheint erstmals ein eigener Länderbeitrag im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union*. Befürchtungen um eine nachhaltige „Erweiterungsmüdigkeit“ der Europäischen Union wurden durch den drohenden Brexit weiter verstärkt. Umstritten bleibt die Beitrittsfrage zur Türkei, die sich zwar als ein besonderer strategischer Partner in der Flüchtlingspolitik auszeichnete, es kam jedoch aufgrund innenpolitisch bedenklicher Entwicklungen im Lande immer wieder zu Zerwürfnissen mit EU-Staaten.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO. Die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen und die Ukraine Krise haben die Frage nach der Rolle von Europäischer Union, der OSZE und NATO umso dringlicher gemacht.

Die Zunahme europaskeptischer und populistischer Stimmen auf nationaler Ebene ist auch dieses Jahr wieder ein zentrales Thema in den Beiträgen zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*. Darüber hinaus wird der Verlust eines wichtigen Partners vieler Mitgliedstaaten durch den drohenden EU-Austritt des Vereinigten Königreichs thematisiert. Uneinheitliche Positionierungen werden vor allem bezüglich der wachsenden Spannungen zwischen der Europäischen Union und Russland offenbar.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 36. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter [www.Wissen-Europa.de](http://www.Wissen-Europa.de) hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Mitte 2015 bis Mitte 2016 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P.) und des Centre for Turkey and European Union Studies (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Julia Klein danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.